

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit,
Wirtschaft und Gleichstellung
am Mittwoch, dem 21.01.2026, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:34 Uhr**

			Seite
1.	Einführung und Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger	251/2025	5
2.	Bestellung einer Schriftführerin und ihrer Stellvertretung	252/2025	6
3.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner		7
4.	Bericht der Verwaltung		8
5.	Einblicke in die Struktur und die Aufgaben des Jobcenters	253/2025	9
6.	Bericht des Jobcenters zum Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf	254/2025	10
7.	Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2026 für das Jobcenter Kreis Warendorf	255/2025	12
8.	Vorbereitungen und Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung der Budgets des Jobcenters und der Gleichstellungsbeauftragten für das Jahr 2026	256/2025	13

Anwesend:

Ausschussmitglieder
Asselmann, Felix
Bas, Ali
Beck, Jürgen
Budde, Heinrich (ab 09:05 Uhr)
Heringloh-Poll, Norbert
Hinnüber, Felix
Kirchhoff, Norbert
Krabbe, Silke
Meyer, Ludger
Mindermann, Ursula
Schulze Westhoff, Stephan
Siebert, Christoffer
Strübbe, Robert
von Neumann, Franziska Johanna
Wamba, Gilbert
Zimmermeyer-Schürmann, Heike
stellv. Ausschussmitglieder
Blömker, Franz-Ludwig
Nienkemper, Dorothea
Stelthove, Karl
von der Verwaltung
Arizzi Rusche, Anna, Dr.
Beier, Susanne
Böttger, Pascal
Diekhoff, Katrin
Glinka, Nicole
John, Kai
Klöpper, Harald
Nethe, Annabelle
Nissen, Dieter

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Beiers, Anja
Fiedlers, Nils
Starke, Dennis

Herr Bas (B90/Die Grünen) eröffnet die Sitzung um 09:00 Uhr und übergibt das Wort zunächst an die Sozialdezernentin, Frau Dr. Anna Arizzi Rusche. Diese stellt sich vor und gibt den neuen Ausschussmitgliedern eine kurze Einführung. Sie gibt an, sich über die vielen neuen Gesichter zu freuen und einer guten Zusammenarbeit entgegenzusehen. Sie begrüßt Herrn Bas als neuen Vorsitzenden und überreicht ihm einen Blumenstrauß. Herr Bas bedankt sich.

Der Vorsitzende stellt daraufhin den form- und fristgerechten Zugang der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

1.	Einführung und Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger	251/2025
----	---	-----------------

Herr Bas (B90/Die Grünen) bittet die anwesenden sachkundigen Bürger sich zu erheben. Herr Norbert Kirchhoff (FDP), Herr Jürgen Beck (AfD) und Herr Karl Stelthove (B90/Die Grünen – stellv. Ausschussmitglied) sprechen zusammen mit dem Vorsitzenden die Verpflichtungsformel. Je eine unterschriebene Ausfertigung wird zu den Akten genommen.

2.	Bestellung einer Schriftführerin und ihrer Stellvertretung	252/2025
----	---	-----------------

Der Ausschuss stimmt über den Beschlussvorschlag ab.

Beschlussvorschlag:

Frau Dr. Anna Arizzi Rusche wird als Schriftführerin für den Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Gleichstellung für die laufende Wahlperiode bestellt.

Sie wird vertreten durch die übrigen Dezernatsleitungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 18 (CDU, SPD, B90, AfD, FDP, FWG, Die Linke)

Nein 0

Enthaltung 0

Niederschrift Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und Gleichstellung am 21.01.2026	- 7 -
--	-------

3.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
-----------	---	--

Es werden keine Fragen gestellt.

4. Bericht der Verwaltung	
----------------------------------	--

Der Leiter des Jobcenters, Herr Kai John, stellt sich zunächst vor und erklärte, die Ausschussmitglieder regelmäßig über die aktuellen Themen des Jobcenters ins Bild setzen zu wollen. Er berichtet über das 13. Änderungsgesetz zum SGB II und erläutert die wesentlichen Eckpunkte. Grundsätzlich solle der Vermittlungsvorrang wieder verstärkt gelten, was u.a. einen Fokus auf die Vermittlung in Arbeit und eine Verkürzung von Erziehungszeiten mit sich bringe. Das System der Leistungsminderungen solle vereinheitlicht sowie das Verfahren verkürzt werden, Karenzzeiten bei Vermögen abgeschafft und die Angemessenheitswerte von Unterkunftskosten überarbeitet werden. Außerdem sollen künftige Auskunftspflichten für Arbeitgeber und Vermieter bestehen, um Leistungsmissbrauch entgegenwirken zu können.

Herr Schulze Westhoff (CDU) erinnert sich, dass das Verfahren zur Leistungsminde- rung im Bürgergeld äußerst kompliziert sei und bittet Herrn John um eine Einschät- zung, wie es besser gestaltet werden könnte. Herr John erklärt, sich eine grundsätz- liche Bringschuld bei Meldeversäumnissen durch Leistungsbezieher zu wünschen, ähnlich wie bei Arbeitnehmern. Allerdings sei auch dies nicht im 13. Änderungsge- setz vorgesehen. Frau Zimmermeyer-Schürmann (CDU) möchte wissen, ob weiterhin der Klageweg gegen Bescheide des Jobcenters offenstehe. Dies bejaht Herr John.

Herr John berichtet weiter über den geplanten Rechtskreiswechsel ukrainischer Flüchtlinge. Geplant sei, dass alle nach dem 31.03.2025 eingereisten Ukrainer künf- tig ins AsylbLG überführt werden sollen. Herr John gibt an, dass dies nur 19 Be- darfsgemeinschaften im Kreisgebiet betreffe und einige Eckpunkte noch unklar sei- en. So z.B. die Arbeitsvermittlung durch die Bundesagentur für Arbeit, die Regelun- gen bezüglich der Krankenversicherung und wie Übergangsregelungen greifen sol- len.

In eigener Sache kündigt Herr John an, dass Frau Susanne Beier, aktuell Sachge- bietsleiterin Aktivierende Leistungen, aus dem Dienst des Kreises Warendorf aus- scheiden werde. Ihre Nachfolge übernimmt Frau Annabelle Nethe. Die Sozialdezer- nentin, Frau Dr. Anna Arizzi Rusche, bedankt sich bei Frau Beier und übergibt ihr einen Blumenstrauß. Frau Beier habe mit ihrer guten Arbeit Wege geöffnet und Zei- chen hinterlassen. Für ihre Zukunft wünsche Frau Dr. Arizzi Rusche alles Gute. Der Vorsitzende schließt sich an. Auch er bedankt sich im Namen des Ausschusses für die gute Zusammenarbeit.

5. Einblicke in die Struktur und die Aufgaben des Jobcenters	253/2025
---	-----------------

Zur Einführung der neuen Ausschussmitglieder und zur Auffrischung der verbliebenen gibt der Leiter des Sachgebiets Verwaltung, Herr Harald Klöpfer, anhand der als **Anlage 1** beigefügten PowerPoint-Präsentation einen Einblick in die Strukturen und Aufgaben des Jobcenters. Dabei geht er u.a. auf die verschiedenen Sozialleistungssysteme, die heterogene Jobcenterlandschaft in Deutschland und die Aufbauorganisation des Jobcenters Kreis Warendorf ein.

Herr Asselmann (CDU) möchte in Bezug auf Klagen wissen, wie hoch die Erfolgsquote sei. Herr Klöpfer erklärt, dass in der Regel keine Urteile zulasten des Jobcenters gesprochen, sondern höchstens Vergleiche geschlossen werden würden. Das Vorhandensein von Klageverfahren sei auch zunächst kein Zeichen schlechter Arbeit, da der Rechtsweg grundsätzlich jedem Leistungsbezieher offen stünde. Herr Klöpfer verweist in diesem Zusammenhang auch auf das Projekt „Klage ist kein Widerspruch“, welches in der Vergangenheit bereits durchgeführt sowie im Ausschuss vorgestellt worden sei und das Verhältnis von vermeidbaren und unvermeidbaren Klageverfahren gezeigt habe. Hier sei das Projektergebnis positiv gewesen. Auf Biten von Herrn Hinnüber (CDU) erläutert der Leiter des Jobcenters, Herr Kai John, den bürokratischen Aufwand einer Vermögensprüfung. Diese werde bei Erstantrag grundsätzlich vollumfänglich durchgeführt und sei vom Verfahren her immer gleich. Der Aufwand sei lediglich von der Menge und Art des Vermögens abhängig und bei beispielsweise Immobilieneigentum größer als bei ausschließlichem Barvermögen.

Herr Wamba (SPD) dankt Herrn Klöpfer für den guten Überblick, bittet aber noch einmal um Erläuterung der Übergänge zwischen den einzelnen Sozialleistungssystemen. Herr John und Herr Klöpfer stellen dar, in welchem Fall Arbeitslosengeld oder Bürgergeld und ggf. beide Leistungen zu gewähren ist und in welchem Zusammenhang Kinderzuschlag dazu steht. Ebenso bittet Herr Wamba um Mitteilung der Anzahl des erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, welche einer Arbeit nachgehen. Diese beträgt im September 2025 2.437. Damit betrug der Anteil an allen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten 22,3 %. Herr Budde (CDU) möchte außerdem wissen, wie der Wohngeldzuschuss in diesem Zusammenhang einzusortieren sei.

6.	Bericht des Jobcenters zum Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf	254/2025
----	---	-----------------

Der Leiter des Jobcenters, Herr Kai John, erklärt, dass unter diesem wiederkehrenden Tagesordnungspunkt regelmäßig über die aktuelle Arbeit des Jobcenters berichtet werden würde. Hierbei werde auch auf die Erreichung der mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (MAGS) vereinbarten Ziele eingegangen. Herr John trägt anhand der als **Anlage 2** beigefügten PowerPoint-Präsentation vor. Grundsätzlich sei zu verzeichnen, dass Kriege ein Treiber für die Zahl der Bedarfsgemeinschaften seien, das Sachgebiet Aktivierende Leistungen aber mit kontinuierlich hohen Integrationsquoten dagegenhalten würde. Die Leiterin des Sachgebiets Aktivierende Leistungen, Frau Susanne Beier, und ein Mitarbeiter des Arbeitgeberservices, Herr Dieter Nissen, ergänzen den Vortrag um Einblicke aus ihren Aufgabenbereichen. Letzteres soll, so die Sozialdezernentin, Frau Dr. Anna Arizzi Rusche, nun regelmäßige Praxis werden. Sie kündigt an, in jeder Sitzung einen anderen Fachbereich des Jobcenters beleuchten und durch einen Mitarbeiter vorstellen lassen zu wollen. Heute starte man mit dem Arbeitgeberservice als „Brücke zur Wirtschaft“.

Herr Bas (B90/Die Grünen) und Herr Blömker (SPD) bitten um nähere Auskünfte zu den durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) ausgewiesenen offenen Stellen und der Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLB). Die von Herrn Bas gewünschte Aufschlüsselung der Stellen findet sich in **Anlage 3**. Herr John erklärt außerdem, dass nicht alle eLB auch dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stünden. Es handle sich dabei nicht um eine homogene Masse, in der alle die gleichen Möglichkeiten hätten. So umfasse die Zahl auch beispielsweise Schüler, erziehende, pflegende und arbeitende Personen. Man versuche zwar u.a. Schulabgänger früh zu aktivieren, bestimmte Teile der eLB stünden aber grundsätzlich (vorerst) nicht dem Arbeitsmarkt zu Verfügung. Frau Beier schätzt, dass man sich dem gesuchten Wert über die Arbeitslosenquote nähern könne, zeigt aber auch hier Grenzen auf. Probleme seien außerdem die unwilligen Personen, die sich der Vermittlung im Ganzen verweigern würden, und die Tatsache, dass die BA-Statistik auch Stellen beinhalte, die für das Jobcenter-Klientel ungeeignet seien.

Auf die Frage von Frau Zimmermeyer-Schürmann (CDU) hin, erläutert Herr John, dass die Vermittlung aktuell durch die Wirtschaftslage erschwert sei, der Einzug von KI, wie Herr Stelthove (B90/Die Grünen) vermutet, spiele hingegen (noch) keine Rolle. Die Erwartungen hier seien gesellschaftlich sehr hoch gewesen, die Prozessumstellung erfolge allerdings eher langsam und viele Systeme seien zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht einsatzfähig. Frau Krabbe (SPD) dankt für den Vortrag, bittet aber in Zukunft darum, die Zahlen um Angaben zu Menschen mit Behinderung zu ergänzen. Frau Beier erklärt, dass dies grundsätzlich möglich, aber nicht immer aussagekräftig sei. So komme es sowohl vor, dass Personen mit körperlichen Einschränkungen gar keinen anerkannten Grad der Behinderung hätten, während andere trotz festgestellter Behinderung weitestgehend uneingeschränkt dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stünden. Dazu komme, dass bei der Vermittlung häufig wenig Fokus auf das Vorhandensein einer Behinderung gelegt werde und so die Datenqualität in diesem

Punkt durchwachsen sei. Der Sachgebietsleiter Verwaltung, Herr Harald Klöpper, wolle dennoch im Fachbereich Controlling entsprechend um Auswertung bitten. Auf die Frage von Frau Krabbe zur Arbeitsqualität im Werkcampus führt Herr John die sehr gute Integrationsquote von 40% an.

Frau Mindermann (B90/Die Grünen) dankt für die Erläuterungen, bittet aber um weitere Informationen zum Thema Nachhaltigkeit der Vermittlung. Herr Klöpper erklärt zunächst, dass die Nachhaltigkeit eine fest umrissene Kennzahl sei, die statistisch erhoben werde. Eine aktuelle Auswertung findet sich in **Anlage 4**. Für den nachhaltigen Erfolg einer Vermittlung komme es in großen Teilen auch auf den Arbeitgeber an, indem dieser z.B. mit Problemlösungsstrategien auf Konflikte reagiere und nicht mit sofortiger Kündigung. Des Weiteren müsse man beachten, dass Integration in Arbeit immer favorisiert werde, auch wenn es sich um Saisonarbeit oder befristete Arbeitsverhältnisse handele. Nichts, so Herr Klöpper, schule besser als der Arbeitsmarkt.

Abschließend erläutert Herr John noch, was es mit t0- bis t3-Statistikzahlen auf sich hat und lädt die Anwesenden zur Fachkräftemesse [future@work](#) ein, die am folgenden Wochenende in der Halle Münsterland stattfindet.

7.	Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2026 für das Jobcenter Kreis Warendorf	255/2025
----	--	-----------------

Die Leiterin des Sachgebiets Aktivierende Leistungen, Frau Susanne Beier, stellt anhand der als **Anlage 5** beigelegten PowerPoint-Präsentation das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2026 für das Jobcenter Kreis Warendorf vor. Darin werden die Strategien des Jobcenters für das kommende Jahr beschrieben.

Frau Nienkemper (FWG) fragt, ob auch die Geschlechtszuordnung „divers“ in Statistiken erfasst werde. Frau Beier bejaht dies, gibt aber an, dass bei einer zu geringen Meldezahl der Wert zur Wahrung der Anonymität mit „x“ gekennzeichnet werde. Frau Nienkemper fragt außerdem nach der Anzahl der Single-Bedarfsgemeinschaften (BG) und möchte wissen, wie die Datenqualität gesteigert werden könne. Frau Beier gibt die Zahl der Single-BG mit 4.400 an und erläutert, dass im Rahmen der Fachaufsicht auf sorgfältige Datenerfassung geachtet werden müsse. Auf die erneute Frage von Herrn Blömker (SPD) nach der Erfassung von Menschen mit Behinderung (s. auch TOP 6), erklären Frau Beier und der Leiter des Jobcenters, Herr Kai John, dass die Integrationsfachkräfte auf gesundheitliche Einschränkungen, nicht auf Schwerbehindertenausweise achten würden. Ausschlaggebend sei die Erwerbsfähigkeit, auf die der Grad der Behinderung nur bedingt eine Auswirkung habe. Herr Budde (CDU) lässt sich noch einmal die Möglichkeiten bei Meldeversäumnissen und Nichtteilnahme an Maßnahmen erläutern und gibt sich erschrocken, über die vergleichsweise hohe Zahl an Verweigerern.

Zum Abschluss sprechen sowohl die CDU- und die SPD-Fraktion als auch die Fraktion B90/Die Grünen Frau Beier sowie ihrem Team Dank aus und wünschen ihr alles Gute für den weiteren Weg.

Daraufhin wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Dem Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2026 für das Jobcenter Kreis Warendorf wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 17 (CDU, SPD, B90, FDP, FWG, Die Linke)

Nein 1 (AfD)

Enthaltung 1 (AfD)

8.	Vorbereitungen und Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung der Budgets des Jobcenters und der Gleichstellungsbeauftragten für das Jahr 2026	256/2025
-----------	--	-----------------

Zu Beginn des Tagesordnungspunkts erklärt Herr Bas (B90/Die Grünen) im Namen seiner Fraktion, dass der Antrag auf Budgeterhöhung der Gleichstellungsbeauftragten zur Gewaltprävention zurückgezogen werde.

Hier: Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Budgeterhöhung der Gleichstellungsbeauftragten zur Gewaltprävention

Beschlussvorschlag:

Im Produkt 010940 Gleichstellung von Frau und Mann wird das Budget der Gleichstellungsbeauftragten zur Gewaltprävention von 2.500 € auf 5.000 € angehoben.

Abstimmungsergebnis: Antrag zurückgezogen

Im Anschluss stellt sich die Gleichstellungsbeauftragte des Kreises Warendorf, Frau Katrin Diekhoff, vor und führt die Ausschussmitglieder kurz in ihren Aufgabenbereich ein. Sie kündigt für die nächste Sitzung einen vertieften Einblick an.

Zum Budget der Gleichstellung v. Frau u. Mann im Produkt 010940 werden keine Fragen gestellt.

Zum Einstieg in das Produkt des Jobcenters 050210 erläutert der Leiter des Sachgebiets Verwaltung, Herr Harald Klöpfer, den Inhalt der übersandten Änderungslisten. Die Notwendigkeit dafür sei hauptsächlich durch eine Neufestsetzung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften auf Basis der aktuellen Entwicklung, die vorläufige Mittelzuweisung seitens des Bundes sowie die Erhöhung der Rechengrößen für Sozialversicherungsbeiträge entstanden und für den Haushalt des Jobcenters nichts Ungewöhnliches. Herr Klöpfer geht dabei auch auf die Auswirkungen der Neuberechnungen auf das Produkt der Kämmerei 160110 ein.

Auf die Frage von Herrn Blömker (SPD) hin, erläutert Herr Klöpfer, dass die schlechte Verausgabungsquote im Eingliederungstitel 2025 auf die vorläufige Haushaltsführung auf Bundesebene zurückzuführen sei. Durch die Bundestagswahl habe die vorläufige Haushaltsführung deutlich länger gedauert als gewohnt und den Jobcentern seien erst sehr spät endgültige Mittel und Verpflichtungsermächtigungen bewilligt worden. Im Hinblick auf die gesetzlichen Ausschreibungszeiten im Vergabeverfahren sei es so nicht möglich gewesen, die großen Zuteilungen noch rechtzeitig (und sachgerecht) zu verausgaben. Generell wünsche man sich auf Jobcenterebene mehr Kontinuität und Planungssicherheit, was aufgrund der kameralen Haushaltsführung

auf Bundesebene aber voraussichtlich nicht realisierbar sei. Die Sozialdezernentin, Frau Dr. Anna Arizzi Rusche, bekräftigt dies. Die Vollverausgabung der Mittel sei zwar immer das Ziel, im Hinblick auf das Interesse des Steuerzahlers sei aber eine vernünftige Mittelverwendung zwingend erforderlich. Der Leiter des Jobcenters, Herr Kai John, ergänzt, dass in 2025 erschwerend eine Maßnahmekündigung im Wert von ca. 2 Mio € hinzugekommen sei.

Herr Klöpper geht daraufhin seitenweise sowohl die einschlägigen Stellen im Vorbericht als auch in den Produkten durch. Fragen werden weder zum Produkt Grundversicherung für Arbeitssuchende 050210 noch zum Produkt Werkcampus 050220 gestellt.

Der Vorsitzende bittet daraufhin um Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Jahr 2026 sowie den zugehörigen Änderungslisten wird zugestimmt, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und Gleichstellung gegeben ist.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 17 (CDU, SPD, B90, FDP, FWG, Die Linke)

Nein 1 (AfD)

Enthaltung 1 (AfD)

Zum Abschluss weist Herr Bas (B90/Die Grünen) noch einmal auf den von der Gleichstellungsbeauftragten, Frau Katrin Diekhoff, ausgelegten Kalender hin. Bei diesem handelt es sich um ein interkommunales Projekt der Gleichstellungsstellen im Kreis Warendorf. Er enthält kreisweite Veranstaltungen und Themen der Gleichstellung sowie die Kontaktdaten der Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen und dient daher sowohl als Terminplaner als auch als Flyer für den Tätigkeitsbereich. Herr Bas bedankt sich für die Geduld und wünscht allen einen guten Heimweg. Auf die kommende Sitzung freue er sich schon. Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 11:34 Uhr.

Ali Bas
Vorsitzender

Dr. Anna Arizzi Rusche
Schriftführerin